

**Bürgermeisterbericht für die Stadtratssitzung 13. November 2014
für Oktober 2014
(ausgewählte Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit)**

Das **Sachgebiet Stadtplanung** bearbeitete die Bebauungsplan Nr. 12.1 für den Teilbereich Güterbahnhofsgelände Rudolstadt Ost, den Bebauungsplan Nr. 23 „Wohngebiet an der Orangerie in Rudolstadt – Cumbach“ und den Bebauungsplan Nr. 30 „Wohngebiet Am Wachtelberg in Rudolstadt – Schaalaa“.

Für die Ergänzungssatzung „Am Gänsebach“ wurde die Genehmigung der Satzung beantragt. Außerdem wurde die weitere Erarbeitung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) vorbereitet und die Fußgängerführung im Bereich Stadtkirche mit dem Straßenbauamt und Vertretern der Denkmalschutzbehörden sowie der Kirchengemeinde beraten.

Im **Sachgebiet Liegenschaften** stand die Vorbereitung des Grunderwerbs für eine Firmenerweiterung, der Abschluss der Grundstücksverkäufe nach Ausbau der Straße Am Gänsebach sowie die Durchführung des Verkauf von Teilflächen des ehem. Bahngeländes im Bereich Humboldtstraße/ ehem. Haltepunkt Schwarza West auf der Tagesordnung.

Übernommen wurden die Aufgaben des Jagd-notvorstandes für die JG Unterpreilipp, Oberpreilipp, Schlosskulm.

Durch das **Sachgebiet Sanierung** wurden die Jahresanträge Städtebauförderung 2015 mit vorbereitet.

Im Berichtszeitraum wurden in der **Fachabteilung Hochbau und Bauverwaltung** folgende Schwerpunkte bearbeitet:

Vorbereitung, Zusammenstellung und Abstimmung der Einzelmaßnahmen des Jahresantrages 2015 für bauliche Sicherungsmaßnahmen einschließlich deren Priorisierung.

Der Jahresantrag wurde fristgerecht beim Thüringer Landesverwaltungsamt eingereicht.

Weiterhin wurden die Förderanträge der Förderprogramme *Soziale Stadt, städtebaulicher Denkmalschutz, Stadtumbau Ost Aufwertung* vorbereitet, abgestimmt und fristgerecht eingereicht.

Im Kindergarten *Baum des Lebens* wurden durch Umbaumaßnahmen im Terrassenbereich Unfallgefahren beseitigt, eine Außenwand trockengelegt und die Vergabe von Sonnenschutzanlagen vorbereitet.

Im Kindergarten *Feste Burg* wurden Abstimmungen bezüglich einer möglichen Erweiterung der Betreuungskapazität geführt.

Für die Sanierung des Löschwasserbehälters -ehemals Wasserwerk Schloßstraße wurde die Angebotseinholung durchgeführt und der Auftrag im Wirtschaftsausschuss vergeben.

In Abstimmung mit dem ZWA wurden durch diesen die technischen Voraussetzungen zur Löschwasserentnahme geschaffen.

Die Vorschlagsliste für das *Förderprogramm Zukunft Schulen* wurde erarbeitet und in der Verwaltung abgestimmt.

Die Beantragung selbst erfolgt mit Einzelanträgen für die Haushaltsjahre 2015-2017.

Die Antragstellung erfolgt mit der Festsetzung von Prioritäten zum 05.01.2015.

Im Berichtszeitraum wurden :

- 9 Bauanträge
- 1 Vorbescheid
- 1 Abweichung nach § 66 (1) ThürBO
- 2 Anzeige öffentliche Gefahr und Gefährdung

bearbeitet.

Auch im Oktober standen in der FA **Tiefbau und Umwelt** die laufenden Baumaßnahmen im Vordergrund. So konnten in der **Borgasse (Baumaßnahme Alte Straße)** die Pflasterarbeiten beginnen. Die Arbeiten am **Sportplatz Ost** konnten bis auf wenige Restleistungen fertiggestellt werden.

Die Endabnahme und Inbetriebnahme ist jedoch erst für 2015 vorgesehen.

Für die **ÖPNV-Maßnahme Bike&Ride** gingen in der 44. KW die Schachterlaubnisse der Deutsche Bahn AG ein, so dass die Arbeiten nun zügig voranschreiten. Auf Grund der fortgeschrittenen Jahreszeit und dem Umfang der Leistungen ist zu erwarten, dass diese Maßnahme in diesem Jahr nicht mehr abgeschlossen werden kann.

Deshalb muss im November ein Antrag auf Übertragung der Fördermittel auf das kommende Jahr gestellt werden.

Weiter wurden die Leistungen **Radweg Saal-damm von Bahnhof bis Alte Stadtbrücke Cumbach** beschränkt ausgeschrieben und an den wirtschaftlichsten Bieter vergeben. Der Baubeginn ist auf den 12.11.2014 festgelegt. Diese über das Regionalbudget finanzierte Maßnahme soll noch 2014 fertiggestellt werden.

Für den **Bauhof** stand die Instandsetzung/Erneuerung einer **Zufahrtsbrücke Debrastraße** im Mittelpunkt.

Hier wurde das marode Bauwerk über den alten Mühlgraben rückgebaut und durch eine Verrohrung ersetzt.

Begonnen hat die **Freilegung der Jungferngräben** in Schwarza, die infolge eines Starkregeneignisses im September komplett mit Schlamm zugesezt waren.

Der Schwerpunkt des **Sachgebietes Haushalt** lag in der Einarbeitung der Mittelanmeldungen für den Verwaltungshaushalt 2015.

Der Entwurf des Verwaltungshaushaltes für das kommende Jahr wies zum Ende Oktober 2014 einen Fehlbetrag von rund 1,56 Mio. € aus, den es auszugleichen gilt. Für den Vermögenshaushalt liegt im Fachdienst Finanzen nur ein sehr geringer Rücklauf der Mittelanmeldungen hauptsächlich aufgrund von noch unklaren Fördermaßnahmen und der insgesamt schwierigen Finanzsituation der Stadt vor, so dass hierzu noch keine konkrete Aussage möglich ist.

Der Beteiligungsbericht 2014 wurde fertiggestellt und der Kommunalaufsicht sowie dem Landesverwaltungsamt zugeleitet.

Weiterhin wird er im Internetauftritt der Stadt Rudolstadt eingestellt werden.

Außerdem steht er im Ratsinformationssystem den Mitgliedern des Stadtrates bereits jetzt zur Verfügung.

Zu der heutigen Sitzung des Stadtrates wurden die Geschäftsführer der Gesellschaften eingeladen, um über ihr Unternehmen im Jahr 2013 unter dem Tagesordnungspunkt „Beteiligungsbericht“ zu berichten.

Weiterhin erfolgte die Zusammenstellung für die Umsatzsteuervoranmeldung für den Monat September 2014 für alle Betriebe gewerblicher Art und die entsprechende Zuarbeit an das Steuerbüro.

Der Schwerpunkt im **Sachgebiet Steuern** bezog sich im Oktober 2014 auf die Festsetzung der Vergnügungssteuer für das III. Quartal 2014.

Außerdem wurden aufgrund von Feststellungen durch die im Sommer durchgeführte Hundebestandsaufnahme Hundehalter angeschrieben.

Die Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit im **Sachgebiet Stadtkasse** bezogen sich auf die Mahnung von Grund- und Hundesteuer sowie die Mahnung sachlicher Belege.

Als Information der Behindertenbeauftragten Frau Steinmetz möchte ich Ihnen noch folgenden Hinweis geben:

Ab Januar 2015 findet jeden letzten Donnerstag im Monat von 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr ein Termin der Behindertenbeauftragten im Bürgerservice statt.

In diesem Monat ist der 27.11.2014 im Bürgerservice dafür vorgesehen.

Für Dezember gibt es einen gesonderten Termin, der noch rechtzeitig bekanntgegeben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
am 4. November habe ich gemeinsam mit dem Landrat unseres Landkreises Marko Wolfram einen Termin beim Thüringer Innenminister wahrgenommen, der auf meine Initiative hin zu Fragen der Thematik Unterbringung von Asylbewerbern am Standort altes Krankenhaus in Rudolstadt beim Minister zustande kam.
Dort konnte in Erfahrung gebracht werden, dass es beim Innenministerium jetzt vorliegend ein Wertgutachten zur Immobilie gibt, welches allerdings noch nicht in einer zureichenden Form erarbeitet ist.
Der Minister verwies darauf, dass wahrscheinlich durch das von Rudolstädter Bürgern initiierte Bürgerbegehren, welches eine längere Dauer haben kann, es zu einer weiteren Zeitverzögerung bis zu einer Entscheidung kommt.
Die Liegenschaft hat eine Kapazität für ca. 750 bis 800 Menschen, wenn die Kriterien des Flächenbedarfs für eine Erstaufnahmeeinrichtung zugrunde gelegt werden.
Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit sei es nicht möglich, beim Erwerb der gesamten Immobilien am Standort, die Zahl von unterzubringenden Menschen in einer möglichen Erstaufnahmeeinrichtung auf 500 bis 600 von vornherein zu begrenzen.
Im Weiteren sind eventuelle Altlasten auf dem Grundstück vorhanden, wozu es noch keine schlüssigen und belastbaren Aussagen gibt.
Auch die Problematik einer Fördermittelbindung von Fördermitteln für eine Krankenhausnutzung ist bis heute nicht geklärt, so dass insgesamt aus Sicht des Innenministeriums keine kurzfristige Entscheidung für eine Erstaufnahmeeinrichtung seitens des Landes am Standort altes Krankenhaus in Rudolstadt möglich ist.
In weiteren Gesprächen zwischen mir, dem Vertreter der Thüringen Klinik und dem Landrat Marko Wolfram wurde vereinbart, dass die Thüringen Klinik der Gesellschafterversammlung bis 31.03.2015 einen Beschluss Verfahrensweise zur Nutzung/Teilnutzung oder Veräußerung der Immobilie altes Krankenhaus in Rudolstadt fasst.
Rechtlich gesehen kann nur dieses Gremium eine Entscheidung dazu treffen.
Wenn man sich für einen Verkauf der Immobilie entscheidet, solle möglichst im Vorfeld die dann weitere Nutzung feststehen.
Die Stadt Rudolstadt weiß um die Problematik beim Landkreis, innerhalb der nächsten Wochen weitere Asylbewerber im Landkreis unterzubringen.
Im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die sehr eng bemessen sind, will die Stadt, auch mit ihrer Gesellschaft RUWO, den Landkreis dabei unterstützen. Ich habe den Landrat und den Vertreter der Thüringen Klinik gebeten, zu prüfen, ob eine Nutzung des Standortes altes Krankenhaus auch als Gemeinschaftsunterkunft an Stelle einer Erstaufnahmeeinrichtung in Frage kommt und dabei auch die Fragen der weiteren Nutzung von Teilflächen/einzelner Immobilien durch Ärzte, auch in Verbindung mit dem Medizinischem Versorgungszentrum möglich ist.
Seit 11. November liegt der Stadt ein Antrag auf Umnutzungsgenehmigung des Standortes Altes Krankenhaus zur Nutzung zur Unterbringung als Erstaufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft, unterzeichnet von Landrat Marko Wolfram, vor.
Hier soll die Stadt für einen Vorbescheid das gemeindliche Einvernehmen auf der Grundlage der geltenden Gesetze erteilen oder verwehren und ausführlich begründen.
Da es sich dabei um eine für die Stadt wichtige Entscheidung handelt wird durch die Verwaltung dazu eine Vorlage erarbeitet, die durch den Bau- und Wirtschaftsausschuss des Stadtrates der Stadt Rudolstadt, hier wiederum auf der gesetzlichen Grundlage, in öffentlicher Sitzung zu entscheiden ist.